Stenographisches Protokoll.

19. Sitzung der I. Session der VI. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Freitag, den 17. Juni 1955.

Inhalt.

1. Eröffnung durch Präsident Sassmann (Seite 329).
2. Abwesenheitsanzeigen (Seite 329).
3. Mitteilung des Einlaufes (Seite 329).
4. Verhandlung:
 - Antrag des Kommunalausschusses, betreffend den Gesetzentwurf über die Abänderung des nö. Getränke- und Speiseeisabgabegesetzes, LGBL. Nr. 48/1955. Berichterstatter Abg. Wondrak (Seite 329). Redner: Abg. Dubovsky (Seite 330), Abg. Endl (Seite 331); Abstimmung (Seite 333).
 - Antrag des Wirtschaftsausschusses, betreffend die Wiederingeltungsetzung energiewirtschaftlicher Vorschriften bezüglich Gase in Niederösterreich; Antrag auf Aufhebung dieses Gesetzesbeschlusses. Berichterstatter Abg. Dienbauer (Seite 333); Abstimmung (Seite 333).
 - Antrag des Wirtschaftsausschusses, betreffend die Unwetterkatastrophe im Gebiet der Kleinen Erlauf (Antrag der Abg. Etlinger, Müllner, Bachinger, Fehring, Stangler, Tesar und Genossen vom 14. Mai 1954). Berichterstatter Abg. Marchsteiner (Seite 333); Abstimmung (Seite 333).
 - Antrag des Finanzausschusses, betreffend Versorgungskasse für die Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Niederösterreich. Rechnungsabschluß 1954. Berichterstatter Abg. Hilgarth (Seite 334); Abstimmung (Seite 334).
 - Antrag des Schulausschusses, betreffend den Gesetzentwurf über die Errichtung einer Hauptschule in Gerasdorf. Berichterstatter Abg. Kuntner (Seite 335); Abstimmung (Seite 335).
 - Antrag des Schulausschusses, betreffend den Gesetzentwurf über die Errichtung einer Hauptschule in Blindenmarkt. Berichterstatter Abgeordneter Kuntner (Seite 335); Abstimmung (Seite 336).

PRÄSIDENT SASSMANN (*um 14 Uhr 7 Minuten*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt die Herren Abg. Landesrat Brachmann, Abg. Sigmund, Bachinger und Müllner.

Wie bereits angekündigt, habe ich die im Finanzausschuß und im Schulausschuß am 15. Juni 1955 verabschiedeten Vorlagen Zahlen 134—136 und 137 auf eine Nachtragstagesordnung stellen lassen. Die Nachtragstagesordnung liegt auf den

Plätzen der Herren Abgeordneten auf. Besteht dagegen eine Einwendung?

(*Nach einer Pause.*)

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (*liest*):

Vorlage der Landesregierung über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Geltungsdauer des Opferfürsorgeabgabegesetzes 1950, LGBL. Nr. 46/50, in der Fassung LGBL. Nr. 7/1955.

Vorlage der Landesregierung, betreffend den Entwurf eines Dienstpostenplanes 1955/1956 für die gewerblichen Berufsschulen in Niederösterreich.

PRÄSIDENT SASSMANN (*nach Zuweisung des Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse*): Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung. Ich ersuche den Herrn Abg. Wondrak, an Stelle des Herrn Abg. Sigmund, die Verhandlung zur Zahl 135 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. WONDRAK: Hoher Landtag! Ich habe namens des Kommunalausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des nö. Getränke- und Speiseeisabgabegesetzes, LGBL. Nr. 48/1955 zu berichten.

Wie dem Hohen Hause bereits bekannt ist, läuft das nö. Getränke- und Speiseeisabgabegesetz mit 30. Juni 1955 ab.

Die Gemeinden sind auf Grund der Bestimmungen des Finanzverfassungsgesetzes, beziehungsweise des Finanzausgleichsgesetzes ermächtigt, auf Grund freien Beschlußrechtes die Getränke- und Speiseeisabgabe einzuheben. Es ist daher erforderlich, das Getränkeabgabegesetz weiterhin in Wirksamkeit zu belassen, da es sowohl für die Gemeinden, als auch für die als Berufsbehörde in Betracht kommende Landesregierung eine Erleichterung bedeutet und der Verwaltungsvereinfachung dient.

Nun hat sich ergeben, daß das Finanzausgleichsgesetz in der nächsten Zeit eine Neuregelung erfahren wird und daß diese Neuregelung des Finanzausgleiches, welche zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bis zum 31. Dezember 1957 läuft, auch eine Verlängerung des nö. Getränke- und

Speiseeisabgabegesetzes bis zu diesem Zeitpunkt als zweckmäßig erscheinen läßt. Aus diesem Grund wird nun vom Kommunalausschuß beantragt, daß das nö. Getränke- und Speiseeisabgabegesetz bis zu diesem Zeitpunkt, das ist also der 31. Dezember 1957, verlängert werden soll.

Ich darf daher im Namen des Kommunalausschusses dem Hohen Haus folgenden Antrag zur Beschlußfassung vorlegen (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf (*siehe Landesgesetz vom 17. Juni 1955*), betreffend die Abänderung des nö. Getränke- und Speiseeisabgabegesetzes, LGBl. Nr. 48/1955, wird genehmigt.

2. Die Landesregierung wird beauftragt, wegen Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses das Erforderliche zu veranlassen.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, darüber beraten und abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt der Herr Abg. D u b o v s k y.

ABG. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Diese Vorlage der Landesregierung beinhaltet das Verfahren zur Einhebung der Getränkeabgabe. Die Getränkeabgabe selbst ist ja nach dem Finanzausgleichsgesetz den Gemeinden vorbehalten. Dort ist auch die Höhe der Getränkeabgabe festgelegt.

Wenn wir trotzdem gegen diese Vorlage stimmen, so deswegen, weil wir prinzipiell gegen jede Steuer und alle Gesetze stimmen, die sogenannte Massensteuern betreffen, Steuern, die ohne Rücksicht auf das Einkommen der Bevölkerung von jedem einzelnen eingehoben werden.

Man kann vielleicht unter dem Mantel der sogenannten Gleichheit argumentieren, daß alle, die sich ein Viertel Wein oder ein anderes Getränk kaufen, die einheitlich mit 10 Prozent festgesetzte Getränkesteuer bezahlen sollen. In Wirklichkeit liegen die Dinge aber ganz anders. Wenn man die 10 Prozent, die an Getränkeabgabe zu leisten sind, mit dem Einkommen der verschiedenen Konsumenten vergleicht — und Sie werden mir hier zustimmen müssen —, dann ist auf diese Weise durch die Besteuerung des Achtels Wein, das ein Altersrentner trinkt, sein Einkommen perzentuell viel stärker belastet, als das Einkommen eines Arbeitenden oder eines Besitzenden. Sie müssen zugeben, daß diese Art der Besteuerung die ungerechteste Besteuerungsform ist, weil das geringere Einkommen stärker belastet wird, als das höhere Einkommen. Wir sind daher gegen diese Form der Massensteuern, zu denen auch die Getränkeabgabe gehört, und werden gegen jede derartige Vorlage stimmen.

Es mag zutreffen — und ich stimme mit dieser Ansicht vollkommen überein —, daß die Ge-

tränkeabgabe eine wesentliche Einnahmenquelle der Gemeinden darstellt. Heuer wird diese Abgabe für die Gemeinden in Österreich zweifellos mehr als 190 Millionen Schilling erbringen. Wir alle kennen die finanziellen Nöte der Gemeinden, denen man in Form des Notopfers sehr hohe Beträge entzogen hat. Dieses Notopfer wurde seinerzeit unter dem Vorwand des drohenden Staatsbankrotts als vorübergehende Maßnahme eingeführt, es wird aber beibehalten, obwohl nicht mehr von einem drohenden Staatsbankrott gesprochen werden kann, sondern ununterbrochen Überschüsse in der Staatsgebarung ausgewiesen werden. Außerdem wird den Gemeinden noch dazu von den verschiedenen Zuschlägen zu Bundessteuern — ich erwähne nur den 50 prozentigen Zuschlag zur Warenumsatzsteuer — der gerechte Anteil vorenthalten.

Wir sind der Meinung, daß die Getränkeabgabe zweifellos nicht auf Kosten der Gemeinden beseitigt werden kann, sondern daß man den Gemeinden, wenn man die Getränkeabgabe und andere Massensteuern, zu deren Einhebung die Gemeinden berechtigt sind, entfernt, einen entsprechenden Ausgleich geben muß, indem man entweder die Gemeinden am Ertrag des 50 prozentigen Zuschlages zur Warenumsatzsteuer beteiligt oder daß man das Notopfer der Gemeinden aufhebt.

Allerdings hat — und das muß man zugeben — das Argument der Gemeinden sehr große Bedeutung, wenn sie erklären, daß die Beseitigung der Getränkeabgabe keine Verbilligung der Getränke bringen wird. Wir haben hier das Beispiel Pottenstein im Triestingtal, das zum Unterschied von den anderen Gemeinden nur eine 5 prozentige Getränkeabgabe eingeführt hat. Jeder kann sich davon überzeugen, daß dort der Wein um keinen Groschen billiger ist, sondern daß diese beim Viertel Wein ersparten 15 oder 20 Groschen weder dem Konsumenten noch dem Produzenten, sondern nur dem Zwischenhandel zugute kommen. Das zeigt auch, daß man die Frage der Steigerung des Weinkonsums durchaus nicht nur durch die Aufhebung der Getränkeabgabe lösen kann, wie dies seit langer Zeit von Seiten des Bundes propagiert wird — man spricht zwar darüber, aber geschehen ist bisher auf diesem Gebiet sehr wenig —, sondern daß hier eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden muß, um den zweifellos mit großen Schwierigkeiten ringenden Weinbauern Hilfe zuteil werden zu lassen.

Die Frage der Getränkeabgabe ist nicht nur interessant vom Standpunkt der Wirkung der Massensteuern, nämlich, je geringer das Einkommen ist, desto höher ist seine perzentmäßige steuerliche Belastung, sondern auch davon, daß gerade sie wieder deutlich zum Ausdruck bringt, daß es sich die Großen, wie man zu sagen pflegt,

bei uns immer richten können. Vergleichen Sie nur einmal die Tatsache, daß das mächtige Bierkartell, das sich auf einige Brauereien beschränkt, imstande war, das Bier aus der Besteuerung mit der Getränkeabgabe herauszuhalten, während tausende kleiner Weinbauern nicht in der Lage gewesen sind, dasselbe beim Wein zu erreichen. Wir sehen auch die Folgen. Während die Weinbauern mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ringen, können wir bei den Brauereien sehr schöne Einnahmen feststellen. Die bekannte Schwechater Brauerei, von der man jede Woche im Radio durch ihre Reklamesendungen hört, hat in der Wiener Zeitung vom 18. November des vergangenen Jahres die Bilanz für 1953 ausgewiesen. Aus dieser Bilanz geht hervor, daß die Brauerei Schwachat ein Grundkapital von 21 Millionen Schilling besitzt und 62,3 Millionen Schilling, also das dreifache, an Rücklagen getätigt hat, davon allein im Jahre 1953 16 Millionen, was einer Steigerung von 35 Prozent entspricht. Die Lohnsumme ist aber in der gleichen Zeit, obwohl mehr Einstellungen von Arbeitern erfolgt sind, nur um 6 Prozent gestiegen. Wäre nicht der größte, ja der überwiegende Teil der Weinbauern froh, wenn sie in einem Jahr ihr Einkommen, wie es hier bei der Brauerei Schwachat an der Rücklagensteigerung zum Ausdruck kommt, auch um 35 Prozent hätten steigern können? Sicherlich, niemand zweifelt daran! Aber sie waren dazu nicht imstande, weil sie nicht jene Kraft in Österreich darstellen, die das Brauereikartell gegenüber dem Staat, gegenüber der Öffentlichkeit darstellt. Dabei müssen wir sehen, daß zweifellos heute der Brauereibetrieb einer der modernsten Betriebe geworden ist, der mit allen modernen Erfahrungen ausgestattet ist, während der Weinbaubetrieb noch in seiner Entwicklung sehr weit zurückgeblieben ist. Hier müßte also Hilfe einsetzen, und zwar bessere wirtschaftliche Organisationen und größere Förderung der Weinbaubetriebe in Bezug auf ihre technische Entwicklung, damit sie ein gleichberechtigter Partner gegenüber dem Brauereikartell werden und so in die Lage kommen können, mit den gleichen Propagandamitteln zu arbeiten, wie es heute die Brauereien tun können. Gerade die Förderung des Weinbaues in Niederösterreich ist eine Frage, mit der sich der Landtag noch weiterhin beschäftigen müssen wird, weil die Schwierigkeiten bei den Weinbauern im Zunehmen begriffen sind. Es müssen also jene Maßnahmen eingeleitet werden, die den Bauern Hilfe bringen.

Ich verweise noch einmal darauf, daß man nicht glauben soll, daß die Beseitigung der Getränkeabgabe allein Hilfe bringen kann, weil das nicht zutreffend ist. Man muß vielmehr mit der Beseitigung der Weinsteuern beginnen, die ja die Bauern selbst entrichten müssen und die pro Liter — und zwar ohne Rücksicht auf den Preis des Weines — 50 Groschen beträgt. Hier müßte

man also einsetzen, denn das wäre die erste und unmittelbare Hilfe, und sie käme auch den Produzenten und schließlich auch den Konsumenten direkt zugute. Auf diesem Gebiet müßten auch entsprechende Maßnahmen getroffen werden, damit der Zwischenhandel, der den Wein ungeheuer verteuert, ausgeschaltet wird, damit die Produzenten bessere Preise bekommen und die Konsumenten billigeren Wein erhalten können. Beim Bierkartell besteht ja auch kein Zwischenhandel.

Prinzipiell möchte ich noch einmal folgendes sagen: Wir sind grundsätzlich gegen jede Art der Massensteuern, weil sie keine gerechten Steuern darstellen, und weil sie auf das Einkommen des Betroffenen keine Rücksicht nehmen. Aus diesem Grund lehnen wir auch diese Vorlage ab.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Endl.

ABG. ENDL: Hoher Landtag! Verehrte Damen und Herren! Ich habe mich deshalb zum Worte gemeldet, um den vielfachen Irrtümern entgegenzutreten, die darin bestehen, daß man glaubt, der nö. Landtag wäre mehr oder weniger zuständig, die 10 prozentige Getränkeabgabe zu beschließen oder fallen zu lassen. Hier ist es wohl notwendig, darauf hinzuweisen, daß nach dem geltenden Finanzausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 225/52, die Gemeinden gemäß § 10 Abs. 3 lit. b zur Erhebung einer Getränkeabgabe ermächtigt sind. Bei der Getränkeabgabe handelt es sich also um eine Gemeindeabgabe. Das will ich ganz besonders betonen. Die Getränkeabgabe wird — vorbehaltlich der landesgesetzlichen Genehmigung — auf Grund des freien Beschlußrechtes der Gemeinden festgesetzt. Wir haben heute diese Vorlage nur zu beschließen, um dem Bundesgesetz mehr oder weniger Rechnung zu tragen. Der Beschluß bezüglich des Finanzausgleiches lautet beim Bund auf zwei Jahre, nämlich bis zum Jahre 1957, so daß auch ein Beschluß des Landtages für zweckmäßig erscheint, die Wirksamkeit des nö. Getränke- und Speiseeisabgabegesetzes bis zum Jahre 1957 zu verlängern. Es muß also immer wieder ausdrücklich betont werden, daß der nö. Landtag nicht zuständig ist, die 10 prozentige Getränkeabgabe an sich entweder zu beschließen oder fallen zu lassen.

Unsere Bauern in Niederösterreich — es sind deren 40.000 — sind durch die letzten Unwetterkatastrophen wie überhaupt durch die Witterungsverhältnisse in der letzten Zeit schwer geschädigt, so daß sie schwere Kämpfe um ihre Existenz führen müssen. Die Rieden, besonders im Kampthal und in der Wachau aber auch in anderen Gebieten sind vielfach in terrassenförmigen Anlagen gelegen, so daß die Bauerschaft eine sehr schwierige Arbeit zu leisten hat. Dazu kommt, daß einerseits

der Weinkonsum zurückgegangen ist, andererseits aber der Fortschritt in der Weinkultur, wie er zum Beispiel durch die Schädlingsbekämpfung und dergleichen gegeben ist, sicherlich heute größere Mittel erfordert, als das noch vor Jahrzehnten der Fall gewesen ist. Es ist irrig, wenn gesagt wird, die Weinkultur in Niederösterreich wäre noch weit zurück. Wenn man auf diesem Gebiet die Verhältnisse von heute mit jenen vor 15 Jahren vergleicht, so muß man feststellen, daß auf diesem Gebiet Hervorragendes geleistet wurde. Die Landwirtschaftskammer und auch die Weinbauvereine haben durch entsprechende Schulung und Aufklärung der Weinhauer Wunderbares geleistet. So setzt sich zum Beispiel bei der Bearbeitung der Weingärten bereits auch die Mechanisierung durch, jedoch ist es infolge der steil ansteigenden Rieden oft sehr schwer, mit einem Motorpflug und dergleichen zu arbeiten. In diesen steil gelagerten Gebieten bleibt daher noch immer die menschliche Arbeit im Vordergrund.

Durch die Bemühungen des Bauernbundes ist es erreicht worden, daß die 2 prozentige Weinverbrauchsabgabe fallengelassen wurde und daß auch die Weinsteuer, die früher der Hauer zu entrichten hatte und die einen Schilling betrug, nun 50 Groschen beträgt. Nun besteht auch das allgemeine Verlangen, nicht nur der Hauerschaft allein, sondern auch des Gastgewerbes, die Getränkesteuer als solche zu ermäßigen. Unsere niederösterreichischen Gastgewerbebetriebe haben leider nicht so wie jene in den westlichen Bundesländern entsprechende Preise erreichen und ihre Einrichtungen dadurch verbessern können. Sie haben vielmehr durch die Kriegsschäden schwerstens gelitten und sind dadurch zurückgeblieben. Wir müssen, da wir nun endlich frei geworden sind und uns deshalb auch einen besseren Fremdenverkehr in Niederösterreich erhoffen, an alle appellieren, Investitionen zu tätigen, um dadurch den Wünschen der Kundschaft Rechnung zu tragen.

Mein Herr Vorredner meinte, daß man Abstufungen bei der Getränkeabgabe vornehmen solle, und zwar für die Minderbemittelten und für diejenigen, die mehr Geld haben. Diese Abstufung ist aber schon dadurch gegeben, daß wir in den einzelnen Gaststätten verschiedene Weinsorten angeboten bekommen, und zwar den offenen Wein, den Spezialwein und den Bouteillenwein. Wer eben eine kleinere Kasse hat, wird sich mit einem offenen Wein begnügen, der billig ist. Ich kann Ihnen mitteilen, daß der Preis für ein Viertel Wein schon auf 2.80 Schilling zurückgegangen ist. Es ist nicht richtig, wenn Sie sagen, daß die Gastwirte ein Hindernis für die Verbilligung des Weines wären. Jetzt bekommt man um 2.80 Schilling schon sehr gute, mündige Weine, sowohl in den Weinhallen als auch auf dem Lande bei der Hauerschaft, die selbst Wein ausschenkt.

Daß der Verbrauch von Bier heute nicht der 10 prozentigen Getränkeabgabe unterliegt, geht auf eine andere Zeit zurück. Beim Bier sind die steuertechnischen Maßnahmen anders, denn hier sind die Steuern bei dem Produkt, das verarbeitet wird, festgelegt.

Ich glaube, wir sollten auch einen Appell an die einzelnen Gemeinden richten, da ja sie das Beschlußrecht haben, in welcher Höhe die Steuer einzuheben ist. Wir haben Gemeinden, die nur mehr 4 oder 5 Prozent Getränkesteuer einheben. Es ist natürlich, daß die Gemeinden auf diese Steuer nicht verzichten können. Wir haben im Jahre 1952 ein Gesamtaufkommen an Getränkesteuer in der Höhe von 15.300.000 Schilling gehabt. Es ist interessant, diesen Betrag auf die Kopfquote abzustellen. Beispielsweise haben wir in Niederösterreich eine Kopfquote von 5.30 Schilling, in Vorarlberg eine solche von Schilling 39.28. Eines ist richtig, daß der Wein viel zu oft besteuert wird und die Besteuerung nahezu 42 Prozent erreicht. Es ist auch richtig, daß gerade die Hauerschaft und die Gastwirte sehr darunter leiden. Wir wollen natürlich auch mithelfen, dem kleinen Mann ein verbilligtes Glaserl Wein zu geben. Es ist aber auch immer wieder eine Gegenströmung vorhanden. Ich habe in Krems einen Vortrag von Professor Schönbauer gehört, der ausgeführt hat, daß der Wein mäßig genossen nicht schadet. Der Wein war in Österreich immer ein Volksgetränk. In Amerika und England beispielsweise ist ein Volksgetränk der Whisky, der, wenn er pur und nicht mit Soda genossen wird, bedeutend stärker als der Wein ist. Wir haben in Rußland und in den slawischen Ländern feststellen müssen, daß der Wodka, der einen Alkoholgehalt von 90 Prozent hat, ein Volksgetränk ist. Der Wodka wird dort als Volksgetränk getrunken, und in Niederösterreich und in ganz Österreich trinken wir eben Wein als Volksgetränk. Man kann ihn, wenn er zu stark ist, auch verwässern.

Wichtig ist, daß wir den Bedürfnissen der Hauer und auch des Gastgewerbes Rechnung tragen und zur Verbilligung des Weines kommen. Ich möchte aber diesen Appell erweitern, und zwar an die Bürgermeister, daß sie, da sie es in ihrem Bereich in der Hand haben, die Getränkesteuer herabsetzen. Ansonsten muß man zur Kenntnis nehmen, daß der Landtag nicht das Forum ist, um diese Getränkesteuer abzuschaffen oder zu ermäßigen, sondern wir können nur dem Rechnung tragen, was uns durch das Bundesgesetz auferlegt ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter ABG. WONDRAK (*Schlusswort*): Ich bitte den Hohen Landtag, die Vorlage, wie sie hier vorliegt, zu beschließen.

PRÄSIDENT SASSMANN (*Nach Abstimmung über den Gesetzentwurf und über den Antrag des Kommunalausschusses*): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Abg. Dienbauer, die Verhandlung zu Zahl 110 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. DIENBAUER: Hoher Landtag! Ich habe namens des Wirtschaftsausschusses über den Gesetzesbeschluss des Landtages vom 25. Jänner 1955, betreffend die Wiedereingeltungsetzung energiewirtschaftlicher Vorschriften bezüglich Gase in Niederösterreich, Antrag auf Aufhebung dieses Gesetzesbeschlusses, zu berichten.

Mit dieser Vorlage hat sich der Hohe Landtag schon einmal im Jänner zu beschäftigen gehabt. Damals wurde der Beschluss gefasst, energiewirtschaftliche Vorschriften bezüglich Gase wieder in Kraft zu setzen, nachdem angeblich seit dem Jahre 1948 ein gesetzloser Zustand bestand. Später soll sich dann herausgestellt haben, daß dies nicht notwendig gewesen wäre. Aus diesem Grunde wird beantragt, den seinerzeit gefassten Beschluss wieder aufzuheben.

Der Wirtschaftsausschuß hat sich mit diesem Antrag befaßt, und ich erlaube mir daher, namens des Wirtschaftsausschusses folgenden Antrag zu stellen (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der in der Landtagssitzung vom 25. Jänner 1955 gefasste Gesetzesbeschluss, betreffend die Wiedereingeltungsetzung energiewirtschaftlicher Vorschriften bezüglich Gase in Niederösterreich, wird aufgehoben.“

Ich bitte um Annahme des Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: Eine Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen daher zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Abg. Marchsteiner, die Verhandlungen zu Zahl 120 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. MARCHSTEINER: Hohes Haus! Ich habe namens des Wirtschaftsausschusses über den Bericht und Antrag der nö. Landesregierung, betreffend die Unwetterkatastrophe im Gebiet der Kleinen Erlauf (Antrag der Abg. Etlinger, Müllner, Bachinger, Fehringer, Stangler, Tesar und Genossen vom 14. Mai 1954) zu berichten.

Hoher Landtag! Die nö. Landesregierung beehrt sich, dem Hohen Landtag einen Bericht über

die Angelegenheit „Unwetterkatastrophe im Gebiet der Kleinen Erlauf“ zur Kenntnis zu bringen. Der Landtag von Niederösterreich hat in seiner Sitzung am 18. Juni 1954 (18. Sitzung der V. Wahlperiode, V. Session, 1954) folgenden Antrag des Wirtschaftsausschusses (Zahl 552-Ltg) zum Beschluss erhoben.

„Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um der betroffenen Bevölkerung Hilfe zu leisten und für die Zukunft durch Vornahme von Schutzbauten größere Gefahren und Schäden abzuwenden.“

Die Uferbrüche an der Kleinen Erlauf in den Gemeinden Steinakirchen a. F., Ernegg, Wolfpassing, Zarnsdorf, Wang und Reidlingberg, die durch Hochwässer in der ersten Maiwoche im Jahre 1954 vergrößert wurden, sind ha. seit Jahren bekannt. Bei wiederholten Versuchen, die vorhandenen Schäden durch fachtechnisch richtige und ordnungsgemäße Verbauungen zu beheben und durchgerissene Hochwasserschutzdämme wieder herzustellen, kam man bisher über die ersten Fühlungen mit den Gemeinden nicht hinaus, weil die billigerweise von den interessierten Gemeinden zu verlangenden Kostenbeiträge nicht aufgebracht werden konnten.

Erst im Sommer d. J., als der Nationalrat angesichts der umfassenden Hochwasserschäden in Österreich außertourliche Mittel für die Schadensbehebungen zur Verfügung stellte, war es möglich, unter weitestgehender Entlastung der Interessenten und Gemeinden, an Notverbauungen in Steinakirchen a. F., Ernegg und Wolfpassing, mit einem Bauaufwand von 400.000 Schilling, zu denken.

Die nö. Landesregierung ist sich bewusst, daß mit diesen Notverbauungen, die derzeit durchgeführt werden, keine vollkommene Schadensabwehr für die Zukunft erreicht werden kann, bedauert jedoch, wegen Knappheit der zur Verfügung stehenden Bundesmittel, nicht an allen Schadenstellen an der Kleinen Erlauf in den in Rede stehenden Gemeindegebieten Notverbauungen durchführen zu können.

Der Wirtschaftsausschuß hat sich mit diesem Bericht befaßt und ich gestatte mir, den Antrag des Wirtschaftsausschusses zur Kenntnis zu bringen. Dieser lautet (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der nö. Landesregierung über eine Unwetterkatastrophe im Gebiet der Kleinen Erlauf wird zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte um Annahme des Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: Eine Wortmeldung liegt nicht vor, wir gelangen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Wir gelangen zur Beratung der Nachtragstagesordnung und ich bitte den Herrn Abg. HilgARTH, die Verhandlung zur Zahl 134 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. HILGARTH: Hohes Haus! Ich habe namens des Finanzausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend Versorgungskasse für die Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Niederösterreich, Rechnungsabschluß 1954, zu berichten.

Die nö. Landesregierung legt dem Hohen Landtage den Rechnungsabschluß der Versorgungskasse für die Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954 zur Genehmigung vor.

Die Grundlage zur Erstellung dieses Berichtes bildete der Voranschlag für das Jahr 1954, der Ende 1953 von der nö. Landesregierung genehmigt wurde. Der Bericht gliederte sich in mehrere Hauptabschnitte, und zwar zunächst einmal in den Abschnitt A, Gebarungsergebnis.

Beim Gebarungsergebnis ist festzustellen, daß ein Überschuß von 1,223.806,29 Schilling sich mit Ende des Jahres ergibt, und zwar sind gegenüber dem Voranschlag Mehreinnahmen und Mehrausgaben zu verzeichnen.

Im Abschnitt B ist die Kassengebarung übersichtlich dargestellt, die auch aus den Beilagen 1—3 in ihren Details ersichtlich ist. Die Kassengebarung für das Jahr 1954 ergab einen schließlichen Kassenrest von 849.920 Schilling, der um 400.745 Schilling höher ist, als der Kassenrest des vorangegangenen Jahres.

Unter Abschnitt C ist eine Vermögensrechnung aufgestellt, und zwar ergibt diese ein schließliches Reinvermögen von 5,533.266,93 Schilling, die, der Vermögensrechnung vom 1. Jänner 1954 gegenübergestellt, eine Erhöhung des Reinvermögens um 1,223.806,29 Schilling ergibt. Diese Vermögensvermehrung ist einerseits auf ein Steigen der Aktiven, andererseits auf ein Fallen der Passiven zurückzuführen.

Die Umlagen der Mitglieder sind im Abschnitt D verzeichnet und es ist zu betonen, daß der Beitragssatz sich von 110 Prozent im Rechnungsjahr 1953 auf 120 Prozent im Rechnungsjahr 1954 erhöhte und daß gegenüber dem Voranschlag Mehreinnahmen von 1,399.478 Schilling ausgewiesen werden.

Die Zinsen sind im Abschnitt F ausgewiesen und ergeben sich gegenüber dem Voranschlag Mehreinnahmen von 8.649,96 Schilling, wobei zu bemerken ist, daß die erliegenden Reichsschatzscheine auch weiterhin ergebnislos blieben.

Unter G sind die Leistungen verzeichnet. Es ergibt sich bei den Leistungen gegenüber dem Vorjahr ein Mehraufwand von 234.233,38 Schil-

ling, wobei der Gesamtumlauf 10,864.733,38 Schilling ausmacht. Im Jahre 1954 sind durch die Kassa 445 Ruhestandsbeamte und 210 Hinterbliebene versorgt worden, insgesamt 655 Personen gegenüber 622 Personen im Jahre 1953.

Die Verwaltungskosten, die unter H verrechnet sind, stellen sich ziemlich niedrig. Es war ein Personalaufwand von 210.000 Schilling und ein Sachaufwand von 65.000 Schilling veranschlagt. Es hat sich der Personalaufwand auf bloß 202.310,76 Schilling und der Sachaufwand auf 30.470,53 Schilling erstellt, woraus ein Minderaufwand von 42.218,71 Schilling resultiert. Der Anteil der Verwaltungskosten am Gesamtumsatz beträgt 0,98 Prozent.

Unter I sind die Vorschüsse verrechnet, die in der Tabelle 1 detailliert aufscheinen, und zwar wurden 797.693,31 Schilling neu gegeben, während 720.037,27 Schilling rückerhalten wurden. Die Vorschüsse beziehen sich immer auf die Jännerbezüge des nächstfolgenden Jahres, die bereits in der Rechnung Dezember 1954, beziehungsweise 1953 aufscheinen.

Fremde Gelder sind in der Höhe von 1,070.402,14 Schilling eingenommen worden.

Die Rücklagen haben jetzt einen Stand von 5,533.266,93 Schilling erreicht. Nach einer allfälligen Abschreibung der als Hauptdeckung dienenden, aber kaum realisierbaren Reichsschatzscheine beträgt die Rücklage 2,382.079,43 Schilling, die durch die vorhandenen Aktiven gedeckt ist.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und ich habe Ihnen nun folgenden Antrag vorzulegen (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Bericht der Versorgungskasse der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Niederösterreich zum Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1954 wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

2. Der Rechnungsabschluß 1954 der Versorgungskasse mit einer Gebühr an wirksamen Einnahmen von 12,321.320,96 Schilling und an wirksamen Ausgaben von 11,097.514,67 Schilling, mithin einem gebührenden Überschuß von 1,223.806,29 Schilling und die darin vorkommenden Abweichungen vom Voranschlage werden genehmigt.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Es liegt keine Wortmeldung vor, wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Abg. Kuntner, die Verhandlung zur Zahl 136 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. KUNTNER: Hohes Haus! Namens des Schulausschusses habe ich zu berichten über die Vorlage der Landesregierung, betreffend den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung einer Hauptschule in Gerasdorf.

Der Hohe Landtag hat in seiner 10. Sitzung vom 27. Jänner 1955 einen Gesetzesbeschuß, betreffend die Errichtung einer Hauptschule in Gerasdorf, gefaßt. Dieser Beschuß wurde von der Bundesregierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 B.-VG. mit der Begründung beeinsprucht, daß die Errichtung des Pflicht- und Berechtigungssprengels für die neuerrichtete Hauptschule gemäß Artikel 101 Abs. 1 B.-VG. in die Kompetenz der Landesregierung allein falle. Dem stehen jedoch die Bestimmungen des nö. Schulerrichtungsgesetzes entgegen, wonach die Errichtung des Pflichtsprengels einer Hauptschule gemäß § 11 Abs. 5 dem Landesschulrat, die Errichtung des Berechtigungssprengels gemäß § 48a dem Landesschulrat im Einvernehmen mit der Landesregierung obliegt. Dieses Schulerrichtungsgesetz wurde allerdings bisher auf seine Verfassungsgemäßheit nicht überprüft.

Um jedoch einem Verfassungsstreit aus dem Wege zu gehen, wurde im Einvernehmen mit dem Verfassungsdienst und dem Bundesministerium für Unterricht vereinbart, aus dem Gesetzentwurf die Bestimmungen über die Sprengelerrichtung zu eliminieren und diesen Gesetzentwurf dahin abzuändern, daß die Bestimmungen des ehemaligen § 2 zu entfallen haben. In meritorischer Hinsicht wurden von der Bundesregierung gegen die Errichtung der Hauptschule in Gerasdorf an sich keinerlei Bedenken erhoben. Den Bedenken der Bundesregierung wurde somit Rechnung getragen.

Der Schulausschuß hat mich ermächtigt, folgenden Antrag zu unterbreiten (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf (*siehe Landesgesetz vom 17. Juni 1955*), betreffend die Errichtung einer Hauptschule in Gerasdorf, wird genehmigt.

2. Die Landesregierung wird beauftragt, wegen Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses das Erforderliche zu veranlassen.“

PRÄSIDENT SASSMANN: Es ist niemand zum Wort gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den Gesetzentwurf und über den Antrag des Schulausschusses*):
A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Abg. Kuntner, die Verhandlungen zu Zahl 137 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. KUNTNER: Hoher Landtag! Namens des Schulausschusses habe ich Ihnen zu berichten über die Vorlage der Landesregierung, betreffend den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung einer Hauptschule in Blindenmarkt.

Die im Bezirk Melk/Donau gelegene Gemeinde Blindenmarkt hat um die Errichtung einer Hauptschule in ihrem Gemeindegebiet angesucht.

Die zu errichtende Hauptschule werden die Schulkinder der Gemeinden Blindenmarkt, Sankt Georgen am Ybbsfelde und Krahof, sowie von bestimmten Ortsteilen der Gemeinden Ferschnitz, St. Martin/Ybbs, Neumarkt/Ybbs und von Klein-Wolfsstein, besuchen.

Nach den im Einvernehmen mit dem Landesschulrat für Niederösterreich gepflogenen Erhebungen über den Schulbesuch der in Frage kommenden Volksschulen und hinsichtlich der noch nicht schulpflichtigen Geburtsjahrgänge ist ein ordentlicher Besuch dieser neu zu errichtenden Hauptschule gesichert.

Der Landesschulrat für Niederösterreich hat daher auch mit Schreiben vom 18. März 1955 ihre Errichtung beantragt.

Die räumliche Unterbringung der neuen Hauptschule wurde mit Gemeinderatsbeschuß vom 11. Dezember 1954 sichergestellt, wonach sich die Gemeinde Blindenmarkt verpflichtet hat, die für die Hauptschule erforderlichen Räume gemeinsam mit ihrem Volksschulneubau zu schaffen und die Baukosten ohne Beitrag der Sprengelgemeinden aus eigenen Mitteln zu tragen.

Um jedoch die Gemeinde zur Erfüllung ihres Bauversprechens verhalten zu können, setzt die Landesregierung den Zeitpunkt der tatsächlichen Schuleröffnung fest und kann hinsichtlich der Unterbringung der Schule Bedingungen festlegen.

Die Festsetzung des Pflicht- und Berechtigungssprengels für die neue Hauptschule wird im Grunde des § 11 Abs. 5, beziehungsweise 48a des nö. Schulerrichtungsgesetzes, LGBl. Nr. 10/36, durch Verordnung geregelt.

Da somit die schulischen und sachlichen Erfordernisse für die Errichtung einer Hauptschule in Blindenmarkt gegeben sind, beehrt sich der Schulausschuß, den Antrag zu unterbreiten (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf (*siehe Landesgesetz vom 17. Juni 1955*), betreffend die Errichtung einer Hauptschule in Blindenmarkt, wird genehmigt.

2. Die Landesregierung wird beauftragt, wegen Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses das Erforderliche zu veranlassen.“

Ich bitte, die Debatte zu eröffnen und die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Es liegt keine Wortmeldung vor, wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Gesetzentwurf und über den Antrag des Schulausschusses):* A n g e n o m m e n .

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Es wird sofort nach dem Plenum der Finanzausschuß eine Nominierungssitzung abhalten.

Der Schulausschuß tagt am Mittwoch, den 22. Juni sogleich nach dem Plenum des Landtages im Herrensaal.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 22. Juni, um 11 Uhr vormittag, statt. Es werden noch schriftliche Einladungen an die Herren Abgeordneten ergehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 14 Uhr 55 Min.)